

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 79. Ratssitzung vom 11. Dezember 2019

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2019/388, Antrag 008 und Postulat GR Nr. 2019/518

Gemeinsame Behandlung der Anträge 008. und 009. (Postulat GR Nr. 2019/518).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1966/2019): Die zur Diskussion stehende Lohnsumme haben wir aus allen geschaffenen Stellen auf Funktionsstufe 13 oder höher, oder die eine Führungsfunktion beinhalten, eruiert. Ausgenommen davon sind Pflege, Betreuung, Bildung, öV und Sicherheit. Wir stellen fest, dass mit dem Bevölkerungswachstum auch ein ungebremstes Stellenwachstum in der Verwaltung stattfindet. Das entspricht definitiv nicht den Vorstellungen der Mehrheit dieses Antrags. Es existieren in der Verwaltung bereits unzählige Doppelspurigkeiten, die mit der Verwaltungsreform beseitigt werden müssten. Es sollten Querschnittsfunktionen gebildet werden, die über alle Dienstabteilungen und Departemente sicherstellen, dass einheitliche und effiziente Prozesse implementiert und eingehalten werden. Dies findet heute leider nicht statt. Leider geht es auch mit der Verwaltungsreform nicht so vorwärts, wie man sich das wünschte. Der Stadtrat widmet sich ihr nur schleppend. Es wurde eine externe Stelle beauftragt. In der Zwischenzeit wollen wir dem schleichenden Teamwachstum Einhalt gebieten und gleichzeitig fordern, dass erst wieder mit neuen Stellen, Funktionen und Teams vorangeschritten wird, wenn klar ist, wie die Verwaltungsreform umgesetzt werden soll. Erst dann sind wir bereit, wieder Stellen auf Führungsstufe und neue Teams zu bewilligen.

Dorothea Frei (SP): Die Minderheit lehnt diese Kürzung ab. Der Bericht der externen Stelle soll bis im Sommer vorliegen. Bis die Reorganisation durchgeführt ist, geht es relativ lange. Wir finden, die Stadt muss in dieser Zeit funktionsfähig bleiben und soll sich so verwalten, wie sie dies für richtig befindet. Wir halten es für den falschen Ansatz, jetzt die Kaderstellen reduzieren oder nicht mehr besetzen zu wollen, bis die Reorganisation klar ist. Wir lehnen darum sowohl das Postulat wie auch den Antrag ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Wir lehnen die Entgegennahme dieses Postulats ab, weil es viel zu schematisch ist. Es wird der Dynamik der Stadtverwaltung nicht gerecht. Sie können auch die Privatwirtschaft fragen: Bei vielen Projekten wird gestaunt, wie schnell, flexibel und mit wieviel Knowhow die Stadtverwaltung unterwegs ist. Ein generelles Ausschliessen der Funktionsstufe 13 wird der Sache auch insofern nicht gerecht, als man mit Funktionsstufe 13 oder 14 nicht zwingend grosse Abteilungen leitet. Das können auch

Fachspezialistinnen und Fachspezialisten sein, Gesamtprojektleitungen, die nicht viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leiten. Hinzu kommt: Der Gemeinderat wird sowieso nie zufrieden sein. Egal was wir nächsten Sommer vorlegen, es wird Jahre dauern, bis Sie zufrieden sind. Selbst nach Abschluss der Verwaltungsreorganisation werden Sie immer noch finden, die Stadtverwaltung sei zu wenig entwickelt. Wenn Sie den Eindruck haben, dass wir uns dem nur zögerlich widmen, liegen Sie falsch. Wir packen laufend an und optimieren. Lehnen Sie deshalb dieses Postulat bitte ab, es behindert die Stadt eher, als dass es eine positive Entwicklung begünstigen würde.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Bartholdi (SVP): *Wir stimmen dem Vorstoss und dem Antrag zu. Ich möchte aber ein grosses «Aber» setzen. Der Finanzvorsteher kann gelassen sein. Auch bei einer Überweisung des Postulats wird er genügend Zeit haben, denn es ist für 2020 nicht budgetrelevant. Der Antrag ist hingegen sofort budgetrelevant.*

Walter Angst (AL): *Shaibal Roy (GLP), du hast versucht, eine Art Durchsetzungspostulat zu konstruieren, um bei konkreten Fragen – wie beispielsweise bei der Koordination der Klimavorstösse – keine Stellung beziehen zu müssen. Das Mindeste wäre, zu sagen, welche Stellen nicht gewollt sind. Wir halten euer Vorgehen nicht für zielführend. Wenn überhaupt, müsste der Rat gemeinsam hinstehen und sagen, wir wollen das im Postulat formulierte jetzt umsetzen. Wenn wir das gemeinsam wollen, kommt das auch. So müssten nicht Umwege gefahren werden, die sicher nicht zu einer Verwaltungsreform innert nützlicher Frist führen. Deshalb stimmen wir zweimal Nein.*

Shaibal Roy (GLP): *Wir machen bewusst einen Pauschalantrag, von dem wir explizit die Pflege, Betreuung, Bildung, öV und Sicherheit ausgeschlossen haben. Die Handlungsfähigkeit ist dort nach wie vor gegeben. Wir haben das nicht mit einem tabellarischen Antrag gemacht, bei dem wir einzelne Stellen herausstreichen, weil wir dem Stadtrat eine Handlungsfähigkeit geben wollen. Wir sagen nicht, dass gar keine Stellen mehr für wichtige Funktionen mehr geschaffen werden sollen. Mit diesem Antrag sagen wir, der Stadtrat soll selbst entscheiden, wo er es als wichtig und richtig erachtet. Es soll vermieden werden, dass neue Strukturen geschaffen werden, die in den Departementen heute schon zu Doppelspurigkeiten führen und die sich potenziell auf die Verwaltungsreform auswirken, weil diese Stellen dann irgendwo anders alloziert werden müssen. Eine einmal geschaffene Struktur kann nach dem Personalrecht der Stadt Zürich fast nicht mehr abgebaut werden.*

3 / 4

S. 108	10 1060 3010 00 203	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug nicht besetzte Stellen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
008.	Antrag Stadtrat				0 Minderheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Florian Utz (SP)
			1 769 400		-1 769 400 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP)
						Abwesend Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Keine neuen Kaderstellen in Verwaltung bis Klarheit bezüglich Reorganisation			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 68 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

2021. 2019/518

Postulat der GLP-Fraktion vom 27.11.2019:

Stellenstopp auf allen Kaderstufen bis zur Vorlage des Berichts zur Reorganisation der Verwaltung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Shaibal Roy (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1966/2019).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2019/388, Beschluss-Nr. 2020/2019, Antrag Nr. 008.

Das Postulat wird mit 55 gegen 68 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat